

me Calw
ung
r, abends 7 Uhr
Rektion" (Zivil).
en ist erforderlich.
onnenführer.

chaftsbund
w.

5 1/2 Uhr, findet
Vortrag über

hilfe

Broß,
ntenkasse hier.

reichen Vortrag
den Ortskrankhen-
gen, ganz beson-
nigleder der vor-

nache über obiges
A. Frig. Bischoff.

rricht.

beginnenden

ur s
e Damen

en.

eststraße 178.

lanelle,
Blusen-,

-Stoffe,

e, Lein-

hürzen,

u. s. w.

stiehlt

chtwaren-

benzeit.

ein.

twein,

eges nicht abge-

Herren Brenner,

Quantums und

erestellt werden.

n kein Interesse.

Erben,

Bürgerstr. 50.

erkauf.

idstraße 417 ein-

hnen, auf den

uptliche gesunde

ng eines kleinen

berzeit nach Rück-

boten entgegen.

Agenturgeschäft,

Mühlere Brücke.

erstämter!

tion

kapellen

billigsten Preisen

offingen.

is.

kaufe ich

erde,

ahl.

ll, z. Sonne,

l a ch.



Nr. 15.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigepreis: Die kleinste Seite 30 Bg.
Reklamen I.-Mt. — Schluß der Anzeigennahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Dienstag, den 20. Januar 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mt. 4.50 vierteljährlich, Postbezugspreis
Mt. 5.10 mit Bestellgeld und Zuschlag.

Der Auslieferungsfeldzug.

Wenn etwas das System der Entente, Deutschland nicht nur physisch und wirtschaftlich, sondern auch seelisch und moralisch zu Grunde zu richten, kennzeichnet, so ist es das raffinierte Auslieferungungsverfahren, das wir jetzt nach dem Inkrafttreten des „Friedens“ neben dem schweren Verlust an deutschem Volkstum über uns ergehen lassen müssen. „Kriegsverbrechen“, von deutschen Staatsmännern, Seerführern, Offizieren, Militär- und Zivilbeamten begangen, will die Entente ahnden, dieselbe Mächtegruppe, die mit den teuflischsten Mitteln diesen Krieg, der Millionen von Blutopfern, von Opfern des Hungers und von Krankheiten gefordert hat, nachweisbar vorbereitet und die Dinge schließlich so auf die Spitze getrieben hat, daß die Mittelmächte keine andere Aussicht mehr sahen, als zum Schwert zu greifen.

Der Einmarsch in Belgien war ein formaler Vertragsbruch, tatsächlich aber hatte Belgien 1906 schon den Neutralitätsvertrag dadurch gebrochen, daß es die Forderungen, die der englische Militärbevollmächtigte in Brüssel damals gestellt hatte, nicht sofort den andern Vertragspartnern mitgeteilt hatte. Und Belgien hat sich weder nach Westen noch nach Norden, sondern lediglich an der deutschen Grenze durch Festungen gesichert. Vom psychologischen Gesichtspunkt aus war der Einfall in Belgien zweifellos ein Fehler, in einem Existenzkrieg wie ihn Deutschland führte, aber begreiflich. Als die englische Flotte 1807 mitten im Frieden Kopenhagen überfiel und die dänische Flotte zerstörte, um angeblich dadurch die Möglichkeit zu beseitigen, daß Napoleon von ihr Besitz ergreife, da kümmernte sich das „moralische“ englische Volk keineswegs um die dänische Neutralität, und ebenso beging Lord Kitchener in Indien und im Burenkrieg die fürchterlichen Greuelstaten, die sogar Gegenstand von Interpellationen englischer Parlamentsmitglieder waren. Und gleich bei Ausbruch des Krieges annektierte England vertragswidrig Regenten, dessen Bewohner heute noch sich gegen die englische Vergewaltigung auflehnen.

Was die Kriegführung anbelangt, so erinnere man sich daran, daß die Entente es zuerst war, die alles deutsche Eigentum beschlagnahmte, und sicherlich hätten die Alliierten in untrüblicher Lage genau so gehandelt, hätten sie für ihre Kriegführung, zu der in einem solchen Kriege auch die Aufrechterhaltung der Volkswirtschaft gehört, nötigen Rohstoffe, Maschinen und sonstige Waren aus dem besetzten Gebiet geholt. Sie hätten die Bevölkerung nicht annähernd so schonend behandelt, wie das seitens des deutschen Heeres geschehen ist, das sehen wir ja an der brutalen und schamlosen Behandlung der deutschen Bevölkerung im besetzten Gebiet mitten im Frieden, wo keine Espionage und Auslieferung möglich ist. Und wir brauchen nur daran erinnern, welche ungeheuerlichen Kriegsverbrechen die Franzosen in den letzten 3 Jahrhunderten im deutschen Lande vollbracht haben, um den ganzen Charakter des heuchlerischen Gebarens der Hauptfeinde Deutschlands zu enthüllen.

Welche Folgen das Auslieferungungsverfahren noch zeitigen kann, ist gar nicht abzusehen, aber die Verantwortung dafür trifft die französischen und englischen Staatsleiter. Darauf aber hoffen wir fest, daß die allem menschlichen Empfinden höhnhaltigen Grausamkeiten unserer Feinde eines Tages ihre gerechte Sühne finden werden.

**Der Wortlaut der Auslieferungsforderung.
Der Sabimus Clemenceau's.**

Paris, 18. Jan. Havas meldet: Der Generalsekretär der Frie-
denskonferenz hat am 16. Januar dem Gesandten Hollands folgen-
des Schreiben übergeben:

Mit vorliegendem Schreiben an die Königlich Niederländische
Regierung notifizieren die Mächte den Text von Artikel 227 (be-
liegend eine beglaubigte Abschrift des am 16. mit Deutschland in
Kraft getretenen Friedensvertrags) und sie haben gleichzeitig anzu-
geben, daß sie beschlossen haben, unverzüglich die Verfügung dieses
Artikels durchzuführen. Infolgedessen richten die Mächte das offizielle
Erzählen an die Regierung der Niederlande, ihnen den Kaiser
von Deutschland Wilhelm von Hohenzollern, zur Aburteilung auszu-
liefern. Die in Deutschland wohnhaften Personen, gegen die die
alliierten und assoziierten Mächte Anklage erhoben haben, müssen
ihnen, gemäß Artikel 228 des Friedensvertrages, unter den gleichen
Bedingungen durch die deutsche Regierung ausgeliefert werden. Die
niederländische Regierung ist daran interessiert, daß die unverjähr-
baren Gründe, die gebietensweise verlangen, daß die reichlich überlegten
Verletzungen der internationalen Verträge und die systematische Miß-
achtung der heiligsten Völkerrechtsbestimmungen in Bezug auf alle,
einschließlich der höchstehenden Persönlichkeit, die durch den Frie-
denskonferenz vorgezeichnete spezielle Würdigung erhalten.

Die Mächte erinnern kurz unter so vielen Verbrechen an die Ver-
letzung der Neutralität Belgiens und Luxemburgs, an das barbari-
sche und unsittliche System der Geiseln, an die Massen deportationen,
an die Entführung der jungen Mädchen in Lille, die aus ihren Fam-
ilien gerissen und ohne Schutz dem schlimmen Zusammenleben bel-
der Geschlechter überliefert wurden, die systematische Verwüstung
ganzer Gegenden ohne militärische Notwendigkeit, den uneingeschränkten
Unterseebootkrieg mit dem unmenschlichen Verlassen der Opfer
auf hoher See, die Taten gegen die Nichtkämpfer usw.

Für alle diese Taten geht die Verantwortlichkeit, besonders die
moralische, hinaus bis zum obersten Führer, der sie ermöglicht oder
seine Befugnisse mißbraucht hat, um das heiligste Empfinden des
menschlichen Gewissens zu verletzen oder verletzen zu lassen. Die
Mächte können nicht an die Idee denken, daß die Regierung der Nie-
derlande ein Mittel ins Auge faßt würde, um die unmenschlichen
schweren Verantwortlichkeiten des Kaisers auf sich zu nehmen. Hol-
land würde seine internationalen Pflichten nicht erfüllen, wenn es
sich nicht den anderen Mächten anschließen würde zur Verfolgung
der begangenen Verbrechen, oder wenn es die Befragung dieser Ver-
brechen hindern würde. In dem das Erziehen an die niederländische Regie-
rung gerichtet wird, glauben die Mächte dessen speziellen Charakter
hervorheben zu müssen. Sie haben die Pflicht, die Ausführung des
Artikels 227 sicherzustellen, ohne sich dabei durch Beweishaltungen
aufhalten zu lassen, weil es sich nicht um eine persönliche Anklage
gewöhnlichen juristischen Charakters, sondern um eine internationale
politische Aktion handelt, die durch das Volksbewusstsein gefördert wird
und die durch die vorgesehenen Rechtsnormen mehr Garantie bietet,
als das Recht, das bis jetzt bestanden hat.

Die Mächte begnügen sich die Überzeugung, daß Holland, das seine
Achtung vor dem Recht und der Gerechtigkeit bewiesen hat und das
eines der ersten Länder war, das im Völkerbund seinen Platz for-
derte, nicht durch seine moralische Autorität die Verewaltungung der
wesentlichen Grundsätze der internationalen Solidarität der Nationen
bedenken wollen wird, da es, wie alle anderen, ein Interesse hat, die
Wiederherstellung einer solchen Katastrophe zu verhindern. Die nieder-
ländische Regierung ist in hohem Maße interessiert, nicht den Schein
zu erwecken, als ob sie den Haupturheber beschätze, indem sie ihm die
Zuflucht auf ihrem Territorium gewährt, sondern den Schein, daß sie
das Gericht, das von Millionen Stimmen offen beklagt wird, er-
leichtert. — gez.: Clemenceau.

**Der deutsche Reichskanzler
über die Auslieferungsforderungen.**

Berlin, 20. Jan. Wie die „Völkische Zeitung“ aus Stutt-
gard meldet, sagte Reichskanzler Bauer in einer Unterredung
mit dem Vertreter der „Unidat Press“, daß das deutsche Volk
die Urheber von Kriegsverbrechen nicht ihrer Strafe entziehen
wolle, daß er sich aber gegen die Auslieferung an Gerichte
Hrände, die aus früheren Feinden zusammengestellt seien. Die
deutsche Regierung werde nach Empfang der Liste der Auszu-
liefernden allen in der Liste Aufgeführten mitteilen, daß ihre
Auslieferung verlangt werde. Sie würden Gesandtheit haben,
sich den ausländischen Gerichten freiwillig zu stellen. Auf eine
Zwischenfrage sagte, wie das Blatt weiter berichtet, der Reichs-
kanzler: Es könnte ein Bürgerkrieg entstehen, wenn einige An-
geklagte gewaltsam ausgeliefert werden müßten. Er sei über-
zeugt, daß durch das Abkommen über die Einsetzung unab-
hängiger Gerichtshöfe die deutsche Öffentlichkeit beruhigt
werden könne.

Ein holländisches Urteil zur Auslieferungsforderung.

Amsterdam, 19. Jan. Zur Erläuterung betreffend die Ausliefe-
rung des vormaligen deutschen Kaisers schreibt die katholische „Tijds“:
Die Antwort unserer Regierung, welche durch einen besonderen Aus-
schuß tüchtiger Rechtsgelehrter vorbereitet wird, wird vermutlich nicht
lange auf sich warten lassen. Der Inhalt dieser Antwort kann nach
unserem Erachten nicht zweifelhaft sein. Das Auslieferungsgeschehen
der Entente kann nach unserer Meinung mit Recht abgewiesen wer-
den auf Grund des wichtigen, von allen gestifteten Staaten aner-
kannten Rechtsgrundsatzes, daß keine Handlung strafbar ist, die zur
Zeit ihrer Begehung nicht schon unter Strafe gestellt wurde. Gefühle
von Sympathie und Antipathie für den deutschen Kaiser oder das
deutsche Volk haben hier nicht mitzusprechen. Es braucht auch nicht
einmal die Frage untersucht zu werden, ob wir dabei mitwirken
wollen, daß der Gerechtigkeit nur einer Partei gegenüber Genüge
geschähe. Wenn man sich auf eine Art Weltrecht berufen will, auf
Grund dessen der Kaiser ausgeliefert oder abgeurteilt werden könnte,
so muß doch bemerkt werden, daß von einem Weltrecht bisher ledig-
lich Ansätze vorhanden sind, die in der Überzeugung der Völker
selbst in Jahren noch nicht Wurzel geschlagen haben werden. Wägen
deshalb unsere Regierung selbst auf die Gefahr hin, in den Entente-

ländern unfreundliche Gefühle zu erwecken, die Bürgerschaften der
Rechtssicherheit schädigen. Sie wird nicht allein unserem Lande, son-
dern der ganzen Menschheit einen Dienst damit erweisen, wenn sie
selbst unter den schwierigsten Umständen mit Festigkeit für die For-
derungen der Gerechtigkeit eintritt.

Ihre äußeren Lage.

Der Rücktransport unserer Kriegsgefangenen.

Paris, 20. Jan. Zwei deutsche Schiffe, die zur Heimbe-
förderung deutscher Kriegsgefangener bestimmt sind, werden in
Havre bezw. in Rouen am 21. Januar erwartet. Es sind alle
Anordnungen getroffen zur unverzüglichen Einschiffung von
ungefähr 1500 Kriegsgefangenen. Zwei weitere Schiffe werden
in St. Nazaire eintreffen, wo sie ungefähr 500 Offiziere und
700 Mann aufnehmen. Am 22. Januar werden auch die ersten
deutschen Züge auf den Linien über Limburg, Mannheim und
Offenburg wegfahren. Auf der Linie über Düsseldorf findet die
ersten Fahrten schon am 20. Januar statt.

**Erschütternde Kundgebungen deutschen
Empfindens der an Polen fallenden Bevölkerung.**

Berlin, 20. Jan. Die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche
Tageszeitung“ berichten, daß anlässlich der Uebergabe rein deut-
scher Grenzgebiete an Polen ebenso erhebende wie erschütternde
Kundgebungen der ausgelieferten deutschen Bevölkerung statt-
fanden. Stadt und Land bezeugten in immer erneutem Treue-
schwur das Festhalten am Deutschtum.

**Polnische Greuelstaten
in den abgetretenen Gebieten.**

Berlin, 20. Jan. Einer Depesche des „Berliner Lokalanz.“
aus Młenschein zufolge treffen dort zahlreiche Zivilisten aus
Sobslau, Nebenburg und Neustadt ein, die vor den polnischen
Besatzungstruppen flüchteten. Sie berichten von ungläublichen
Greuelstaten, die die Polen verüben.

**Deutsch-dänische Zusammenstöße
im Abstimmungsgebiet.**

Berlin, 20. Jan. In Ved Lam es, wie aus Mlensburga berichtet
wird, nach einer Versammlung der Dänen zu Zwischenfällen mit
den bewaffneten Dänen, die von den anwesenden Deutschen aus dem
Saale gedrängt wurden. Dabei wurde ein Bewohner von Ved schwer
verwundet.

Einigung in der adriatischen Frage.

Annapolis, 19. Jan. (Huntspruch). Wie „Associated Press“
erfährt, hat Italien den Abmachungen über die adriatische Frage
zugestimmt. Ein amerikanisches Kriegsschiff ist mit anderen
alliierten Schiffen auf dem Wege nach Fiume, um dort Truppen
zu landen, die die Italiener ablösen sollen. Eine Belarader
Depesche besagt, daß die italienischen Truppen offenbar mit der
Räumung der dalmatinischen Küste beschäftigt sind.

Ausland.

Das neue französische Kabinet.

Paris, 19. Jan. Das neue französische Kabinet wird
folgendermaßen zusammengesetzt: Auswärtiges: Millerand;
Inneres: Steeg; Justiz: L'Hoteau; Finanzen: Francois Marsal;
Verwaltungsratsmitglied der Banque Union Parisienne; Krieg:
André Lefevre; Marine: Landry; Kolonialminister: Sarraut;
Handelsminister: Jaak; Öffentlicher Unterricht: Sonnat;
Landwirtschaft: Ricard Dr. ing.; Arbeitsminister: Jourdat;
Gesundheitswesen und soziale Fürsorge: Breton; Öffentliche Ar-
beiten und Transportwesen: Le Focquier; Minister für die be-
freiten Gebiete: Oseir, Generalsekretär im genannten Mini-
sterium. Die Unterstaatssekretariate werden folgendermaßen ver-
teilt: Dem Ministerium des Neuhern wird zugeteilt: Reibel,
dem Finanzministerium: Emanuel Brouste, dem Landwirtschafts-
ministerium: Queilla. Das Versorgungsministerium übernimmt
Thauryre das Transportwesen und die Handelsmarine Bignoza;
Post- und Telegraphen: Louis Deschamps; Luftschifffahrt:
Pierre Blandin; die Wasserkräfte: Borel; den technischen Unter-
rich. im Unterrichtsministerium: Coupat, Generalsekretär des
Mechanikerverbands.

Amerikanische Hilfe für Wien.

Wien, 20. Jan. Die hier weilende Deputation der Metho-
distenkirche Amerikas, die außer mehreren Waggons Lebens-
mitteln, die in der Schweiz gekauft wurden, noch 500 000 Kronen
zur Linderung des Wiener Kinderlebens gestiftet hat, hat mit-
geteilt, daß sie die Bürger der Vereinigten Staaten ohne Unter-

Mitglied der Partei und Konfession telegraphisch aufgefordert habe, die Beiträge für die amerikanische Hilfsaktion in Berlin zu erhöhen.

Deutschland.

Wieland lehnt ab.

Berlin, 19. Jan. Nach dem Rücktritt des Reichsschatzministers Kruger hat der Reichsminister der Finanzen, Herr Dr. Wieland, wegen der Nachfolgerschaft verhandelt. Herr Dr. Wieland hat sich wegen unlösbarer privater Verbindungen nicht in der Lage gesehen, den Posten anzunehmen.

Der Prozeß Erzberger—Helfferich.

Berlin, 19. Jan. Vor der letzten Strafkammer des Landgerichts 1 begann heute der Verleumdungsprozeß Erzberger-Helfferich. Die Anklage wird vertreten von dem Oberstaatsanwalt Krause und dem ersten Staatsanwalt von Clausen. Erzberger ist als Nebenkläger zugelassen. Gegenstand der Anklage bildet eine Reihe von Artikeln, die Dr. Helfferich im Juli und August 1919 in der „Kreuz-Zeitung“ veröffentlicht hat und die er später als Broschüre unter dem Titel: „Fort mit Erzberger!“ hat erscheinen lassen. Die Anklage hält besonders schwere Verleumdungen nach drei Richtungen hin für vorliegend. Nämlich in der Behauptung, daß Erzberger nach seinem Ausscheiden aus dem Thyssen-Konzern 1917 eine andere Kriegswirtschaftspolitik getrieben habe als vorher, ferner in der Behauptung, Erzberger habe befürwortet, daß dem Thyssen-Konzern das Eigentum an den Gruben des Brilg-Beckens für die Dauer des Krieges völlerrechtswidrig übertragen werde und endlich in der von Dr. Helfferich gegebenen Darstellung der Rolle, die Erzberger gespielt habe als er bei mehreren Schiedssprüchen mitwirkte, die von der Berger Tiefbau-Aktiengesellschaft beantragt worden waren. Diese Firma hatte Arbeiten am Nordkanal auszuführen und war mit dem damals kaiserl. Kanalamt in Kiel in Differenzen geraten. Erzberger ist eine Zeitlang Mitglied des Aufsichtsrats der Berger Gesellschaft gewesen, aber erst nach dem letzten Schiedsspruch in den Aufsichtsrat eingetreten. Es laufen noch andere Kontroversen nebenher, so der von Helfferich erhobene Vorwurf, daß er der Entente den Rücken gekehrt sei, damit er auf die Auslieferungsliste käme. Der Vorsitzende bittet die beiden Parteien, mit einigen maßgebenden Worten, sachlich zu bleiben und persönliche Ausfälle zu vermeiden. Er kündigt alsdann an, daß der Prozeß voraussichtlich wochenlang dauern dürfte, er zunächst vier Tage in der Woche zu verhandeln gedenke.

Verhaftung von radikalen Führern in Berlin.

Berlin, 20. Jan. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet, wurden gestern außer Däumig weitere elf radikale Führer verhaftet, darunter Matzahn von der Zentrale der sozialistischen Betriebsräte, eine Bezeichnung, unter der sich der bekannte „rote Volksrat“ verbirgt. Die bisherige Untersuchung über die jüngsten Putzversuche hat, wie das Blatt meldet, das Bestehen eines kommunistischen Aktionskomitees ergeben, das verkehrt vorgeht. So wird zur Zeit ein kommunistisches Blatt, „Der revolutionäre Arbeiter“, in Berlin verteilt, als dessen Herausgeber das „geheime kommunistische Komitee“ zeichnet. Dieses veröffentlicht in seiner Nummer 13 einen Aufruf, der dazu auffordert, den Brandherd der proletarischen Revolution immer mehr zu schüren.

Ein Landesverratsprozeß.

Leipzig, 19. Jan. Vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichts begann heute der Prozeß gegen den 49jährigen Kaufmann und Wirtschaftsbefehlshaber Ernst August Wachs aus Brieg bei Bautzen wegen versuchten Landesverrats. Nach dem Eröffnungsbeschuß hat der Angeklagte im April 1919 in Paris als Deutscher versucht, während des Krieges seine feindlichen Macht Vorschub zu leisten und der Kriegsmacht des Deutschen Reiches Nachteile zuzufügen, indem er einem Vertreter des deutschfeindlichen Blattes „Matin“ für den französischen Kriegsminister bestimmte Mitteilungen machte und behauptete, daß das Deutsche Reich insgesamt weiter mobilisieren und Kriegs- und Eisenbahnmateriale verheimlichen. Der Gerichtshof beschloß, die Offenheit für die ganze Dauer der Verhandlungen auszuschließen. Das Urteil wird am Mittwoch verkündet.

Die katholische Kirche im neuen Deutschland.

Durch die Gebietsveränderungen des Friedensvertrags wird besonders die katholische Kirche in Deutschland in Mitleidenchaft gezogen. Durch die Abtrennung von Elsaß-Lothringen scheiden zwei Diözesen aus mit 1.330.000 Katholiken (nur 379.000 Nichtkatholiken). Das besetzte Saargebiet gehört kirchlich zum größten Teil zum Bistum Trier, ein kleiner Teil zu Speyer mit zusammen 490.000 Katholiken (und 200.000 Nichtkatholiken). Insgesamt wohnen in den westlichen Abtrennungs- bzw. Abstimmungsgebieten rund 1.800.000 Katholiken (und 570.000 Nichtkatholiken). Im Osten fallen die Erzdiözesen Gnesen und Posen fast ganz zu Polen. Das abzutrennende Gebiet zählt 1.400.000 Katholiken und 500.000 Nichtkatholiken. In gleicher Weise scheidet fast das ganze Bistum Krumm aus dem Deutschen Reich aus und damit 800.000 Katholiken (und 700.000 Nichtkatholiken). Im Bistum Ermeland sollen etwa 150.000 Katholiken (und 300.000 Nichtkatholiken) wegfallen bzw. über ihre Staatsangehörigkeit abstimmen. Schließlich findet im Bistum Breslau in Oberschlesien eine Abstimmung statt in einem Gebiet, das mindestens 1.700.000 Katholiken (und nur 170.000 Nichtkatholiken) umfaßt. Das östliche Abstimmungs- bzw. Abstimmungsgebiet bewohnen somit rund 4 Millionen Katholiken (und 1,7 Millionen Nichtkatholiken). Im Westen und Osten sollen mithin 5.800.000 Katholiken (und 2.250.000 Nichtkatholiken) abgetrennt werden, bzw. abstimmen. Vor dem Friedensschluß zählte Deutschland etwa 25.500.000 Katholiken und 41.000.000 Nichtkatholiken. Würden alle Abstimmungsgebiete aus dem Deutschen Reich ausscheiden, dann blieben nicht einmal mehr 19 Millionen Katholiken übrig neben

39 Millionen Nichtkatholiken. Die Katholiken, die bisher 37 Proz. ausmachten, würden damit auf 32,5 Proz. herabgemindert.

Holländische Hilfe für Berlin.

Haag, 19. Jan. Der niederländische Hilfszug fährt unter Führung des Kammermitglieds Dr. Desselhuis am nächsten Mittwoch nach Deutschland. Es handelt sich um die Versorgung des neugegründeten Kinderheims „Wilhelmsbogen“ bei Berlin. Der Zug führt eine große Reihe Waggons Kartoffeln, Bische und anderer lebensnotwendiger Gegenstände mit sich. Deutscherseits wird der Zug von dem früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Hecker begleitet. Die holländischen Delegierten werden vom Reichspräsidenten in Berlin empfangen werden.

Dampferunglück.

Kopenhagen, 20. Jan. Der amerikanische Dampfer „Macona“, der am letzten Freitag von Kopenhagen nach New York abgegangen ist, ist in dem schweren Sturm der vorletzten Nacht im Kattegat ungefähr eine Meile von der schwedischen Westküste gesunken. Von der 50 Mann starken Besatzung wurde nur der zweite Steuermann gerettet. Die übrigen 49 Mann sind ertrunken.

Die allgemeine Umsatzsteuer.

Da im Monat Januar die Umsatzsteuererklärungen für das Kalenderjahr 1919 abgegeben sind, dürfte es im Interesse der Steuerpflichtigen gelegen sein, jetzt etwas Näheres darüber zu erfahren. Der Steuer unterliegen alle gegen Entgelt ausgeführten Lieferungen und sonstigen Leistungen eines selbständigen Gewerbetreibenden innerhalb seiner gewerblichen Tätigkeit. Zu den Gewerben zählen nicht nur die Industrie, Handels-, Handwerks- und sonstigen Kleinbetriebe, die wohl nicht näher bezeichnet zu werden brauchen, sondern auch die Land- und Forstwirtschaftsbetriebe einschließlich Viehzucht, Fischerei und Gartenbau, sowie die Bergwerksbetriebe. Ferner zählen zu den Gewerbetreibenden in diesem Sinne auch Personen, die keine Waren umsetzen, wie z. B. Makler, Agenten, Kommissionäre, Spediteure, Fuhrunternehmer, Banken, Zimmervermieter, Rechtskonsulenten, Auskunftsleute, Leihbüchereien usw. hinsichtlich der für ihre Leistungen vereinnahmten Entgelte. Auch Personen mit sogenanntem freien Beruf, wie Ärzte, Erzieher und Unternehmer von Privatschulen können umsatzsteuerpflichtig werden, wenn sie ihren Pflegebefohlenen oder Schülern Unterkunft und Verpflegung gewähren wegen des Entgelts dafür.

Die Umsatzsteuerpflicht ist nicht abhängig davon, ob in einem solchen Betrieb ein Gewinn erzielt wird, oder ob mit Verlust gearbeitet wird. Jeglicher Abzug an den für die Lieferungen und Leistungen vereinnahmten Zahlungen darf nicht gemacht werden. Es ist also nicht zulässig, Selbstkosten, mögen sie heißen wie sie wollen, oder Verluste abziehen. Ebenfalls dürfen die auf einer Ware ruhenden Zölle oder Verbrauchsabgaben am Betrag des Umsatzes, d. h. am vollen Wert des Entgelts für die Warenlieferung abgezogen werden. Zum steuerpflichtigen Entgelt gehören regelmäßig auch die Beträge, die der Lieferer für Fracht und Versicherung der Ware aufgewendet hat. Wenn z. B. ein hiesiger Geschäftsmann für 1000 M Waren nach auswärtig frei in die Wohnung des Käufers zu liefern hat, so darf er an diesen 1000 M seine Auslagen für Fracht und dergl. nicht abziehen, er muß vielmehr die vollen 1000 M versteuern. Die Kosten der Verpackung gehören immer zum abgabepflichtigen Entgelt. Das gleiche gilt für die Warenumschließung, wenn sie dem Käufer zu Eigentum mitgeliefert wird, und zwar auch dann, wenn sich der Lieferer verpflichtet hat, die Umschließung gegen eine bestimmte Vergütung zurückzunehmen.

Unter Entgelt versteht man die Bezahlung, sei es, daß sie in bar, durch Berechnung oder Aufrechnung erfolgt. Es kann aber auch in der Leistung von Waren oder Diensten bestehen. Das trifft z. B. zu, wenn ein Bauer für seine Erzeugnisse kein bares Geld, sondern andere Gegenstände in Zahlung nimmt, oder wenn der Schuhmacher einem Schneider ein Paar Schuhe schickt und dieser dafür der Familie des Schuhmachers Kleider ausbessert. Auch in solchen Fällen liegt ein steuerpflichtiges Entgelt vor.

Hierzu gehört weiter der sogenannte Eigenverbrauch. Das ist die Entnahme von Erzeugnissen oder Waren aus dem eigenen Betrieb zum Ges- oder Verbrauch in der Familie des Steuerpflichtigen. Als steuerpflichtiger Wert gilt dabei der Betrag, der am Ort und zur Zeit des Eigenverbrauchs von Wiederverkäufern für die betreffenden Erzeugnisse oder Waren gezahlt zu werden pflegt. Kann ein Bauer von seinen Erzeugnissen nichts verkaufen, weil er sie alle selbst benötigt zum Unterhalt seiner Familie, so ist er mit dem Wert dafür umsatzsteuerpflichtig, falls er 3000 M übersteigt. Dieser Betrag wird aber bei den gegenwärtigen hohen Preisen schon bei einer kleinen Familie bald überschritten. Würde z. B. der Wert aller in der Familie verbrauchten Erzeugnisse nur 2800 M betragen, daneben wären aber noch für Lohnföhren 300 M vereinnahmt worden, so müßten zusammen 3100 M zur Umsatzsteuer angemeldet werden. Wenn die Gesamtheit der Entgelte (steuerpflichtige und steuerfreie) einschließlich des Werts des Eigenverbrauchs zusammen den Betrag von 3000 M nicht übersteigen, tritt Steuerbefreiung ein. Beträgt die Gesamtheit der Entgelte nicht mehr als 15 000 M, so ist der Teil davon, der auf die Entnahme aus dem eigenen Betrieb entfällt, steuerfrei, wenn er nicht mehr als 2000 M beträgt.

Für jeden, der der allgemeinen Umsatzsteuer unterliegt, besteht die gesetzliche Pflicht zur Aufzeichnung aller Zahlungen, die er für seine Lieferungen und Leistungen einnimmt einschließlich des Werts für den Eigenverbrauch. Die Bücher, in die die Aufschriebe gemacht werden, sind 5 Jahre lang, gerechnet von dem Schlusse des Kalenderjahres an, in dem die Steuer fällig geworden ist, aufzubewahren. Es ist jedem Steuerpflichtigen dringend zu raten, diese Bestimmungen einzuhalten, denn ihre Nichtbefolgung kann unter Umständen von großem Nachteil für ihn sein.

Die Vordrucke zur Steuererklärung sind in allen Teilen sorgfältig auszufüllen, insbesondere ist der Gesamtbetrag der Entgelte wahrheitsgetreu anzugeben. Bei einem reinen Handelsbetrieb ist

die Sache insofern einfach, als nur sämtliche Einnahmen aus verkauften (mit dem Wert der selbstverbrauchten) Waren in einer Summe einzutragen sind. Schwieriger ist es dagegen schon bei den Handwerksbetrieben, bei denen außerdem die Einnahmen für gewerbliche Leistungen jeder Art hinzuzurechnen sind. Dies kommt auch in bäuerlichen Betrieben und bei Fuhrhaltern vor, wo die Leistungen in der Hauptsache in Lohnföhren bestehen. Die Einnahmen aus Gewerbe und aus Landwirtschaft sind je für sich in einer Summe anzugeben und dann zusammenzufügen. Die Erklärung ist spätestens bis zum 31. Januar bei der Steuerbehörde (Ortssteueramt) einzureichen. Es empfiehlt sich jedoch, sie jetzt schon abzugeben und nicht damit bis zum Schlusse des Monats zu warten, da allerhand Erörterungen und Rückfragen notwendig werden können, die doch auch bis zu dem angegebenen Zeitpunkt erledigt sein sollen. Wer glaubt, nicht steuerpflichtig zu sein, aber einen Vordruck erhalten hat, muß ihn dennoch ausfüllen und abgeben. Wer dagegen steuerpflichtig ist, aber einen Vordruck nicht erhält, wird nicht dadurch von der Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung entbunden, er muß vielmehr einen Vordruck bei der Steuerbehörde selbst in Empfang nehmen. Wer die Erklärungsfrist verläßt, dem kann ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der Steuer auferlegt werden. Außerdem kann er durch Strafen, die nötigenfalls wiederholt werden können, zur Abgabe der Erklärung angehalten werden. S.

Die Tuberkulosegefahr.

Der Frauenverein vom Roten Kreuz für Deutsch-über-See (bisher „für die Kolonien“) bot am Samstagabend im Sieglersaal in Stuttgart den ersten seiner Winterabende. Im Namen des Vorstandes sprach Dr. Reinert die Leistungen und Ziele des in neuer Form kräftig weiter wirkenden Vereins. — Von dem Charlottenkrankenhaus in Rome, das die Franzosen besetzt haben, fehle dem Verein jede Nachricht. Von seinem Stenard-Sanatorium in Wugiri (Ost Afrika) wisse man, daß die Vereinschwester während der Kriegsjahre weiter tätig waren. Wie schon bisher, wolle der Verein künftig in vermehrtem Maße durch die Gründung von Erholungs-, Entbindungs-, Säuglingsheimen, Kindergärten und namentlich durch Hinausführung von ausgebildeten Pflegeschwestern unsern Landsleuten über See ein wohlthuendes Heimatgefühl bewahren. Den Vortrag des Abends hatte Professor Dr. Ottfried Müller, Vorstand der Medizinischen Klinik in Tübingen, übernommen. In glänzenden Ausführungen über „die Tuberkulosegefahr und ihre Gegenwart und ihre Bekämpfung“ vorband er, den zahlreichen Zuhörern das Thema außerordentlich verständlich nahebringen. Vor dem Kriege kamen in Deutschland immer noch 15 Prozent aller Sterbefälle auf Rechnung der Tuberkulose. Man träumte davon, eines Tages den letzten hustenden und spuckenden Schwindsichtigen als den letzten Verbreiter menschlicher Tuberkulosebakterien zu können. Die Lage hat sich seither unheimlich verschlechtert. Die Hungerblode hat ihre Wirkung getan. Nach dem Krankenmaterial der Poliklinik in Tübingen, deren Zugänge zu 95 Proz. aus den ländlichen Bezirken des Schwarzwalddreiecks stammen, ergibt sich, daß im zweiten Vierteljahr 1919 133 Proz. mehr tuberkulöse Kranke zu beraten waren, als in der gleichen Zeit des Jahres 1914. Zurückgeworfen im Kampfe gegen die Tuberkulose um mehr als 50 Jahre, sollen wir in einem aussehungsgeringen, verarmten und überdüngten Lande unsere allmähliche Gefunndung wieder anstreben. Der spuckende und hustende Mensch ist der Hauptverbreiter des Bazillus. Nützlich ist die Zuteilung eines besonderen Zimmers an jeden solchen Kranken, die Beseitigung des anstehenden Auswurfs durch den Gebrauch von Taschenspudflaschen und die Vermeidung des Ausspuckens auf den Fußboden, ja auch ins Taschentuch. Die Hauptfrage der Infektion ist das Kindesalter. Die Hauptfrage ist: Wie überwinde ich meine Infektion so, daß die Bazillendepots meines Körpers nicht ausbrechen und Herr über mich werden können? Der eine menschliche Körper kann reichlich Immunkörper stellen, der andere nicht. Was von den Eltern vererbt wird, ist nicht der Bazillus, sondern die zum Nachgeben gegen den Bazillus geneigte schwächliche Konstitution. Den Ausgang bestimmen dann noch die äußeren Lebensbedingungen. Der Körper macht verschiedene Zeiten des Angriffs, der Ruhe und des Wiederausbrechens der Bazillen durch. Es gibt infolgedessen auch die sogenannte Alterstuberkulose. Der Redner sprach eingehend die Verhältnisse der Tuberkuloseercheinungen infolge des Krieges beim Militär und Zivill. Sie traten verstärkt auf infolge der Untereernährung. Es kommt auf eine möglichst frühe Behandlung an. In allen zweifelhaften Fällen ist der Arzt zu Rate zu ziehen. Ein unsicheres Mittel, die Bazillen im Körper zu töten, gibt es bis jetzt nicht. Der Arzt muß dem Körper die günstigsten Bedingungen schaffen, um die ihm innewohnenden Mittel zur Selbsthilfe voll auszunützen, also Liegekur, reichliche Ernährung, leichte Abhärtung. Mit der Verbesserung von Wohnung und Nahrung wird die Tuberkulose zum Rückgang kommen. Zu warnen ist vor Geheimmitteln, die meist auf Betrug hinauslaufen. Die Ärzte allein können nicht helfen, das ganze Volk muß mitwirken. Vor allem muß eine von warmerherziger Liebe erfüllte gegenseitige Billigkeit und Duldung im ganzen Volke Einkehr halten, nach Goethes Wort: „Alle menschlichen Gebrechen heilet reine Menschlichkeit.“ — Reicher Beifall belohnte den geistreichen, eindringlichen und gemeinverständlichen Vortrag.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 20. Januar 1920.

Zur Frage der Brunnentaufe.

Sind uns nachträglich so viele Einsendungen zugegangen, daß es unmöglich ist, solchen allen Raum zu geben. Um der Sache zu dienen und damit der Brunnen seinen rechten Namen bekommt, werden wir diese Einsendungen ohne Namensnennung an das Stadtjulltheßenamt weiterleiten.

Man
Bezirk
dies
wurde
8 er
übrig
gewähl
3 Mitg
steher
5 Mitg
dem Pro
das Ueb
Die He
wohner
gemein
abgeben
keit, da
schaden
gerecht
Landwirt
gemein
stande
schlägen
in ganz
den Ran
Männer,
tr wirt
sind. A
schon au
sonwohl
selbstlos
aufgestell
des Bez
mögen b
lich teil
hat in se
men auf
nicht ein
Einigun
Zeit bei
Mitgl
Die
hatte ge
lung hat
gesehen.
der zahl
Beitrag
aber ma
Regier
Dingler
Bericht
Frühjah
Bezirke
197 000
In dem
gefast
bergisch
Der Be
treter in
Landesg
Preisf
die Vor
und teil
wirtschaft

nahmen aus ver-
Waren in einer
gen schon bei den
nen für gewerb-
es kommt auch in
o die Leistungen
Einnahmen aus
in einer Summe
fäcung ist höhe-
(Ortssteueramt)
abzugeben und
ten, da allerbald
Können, die hoch
eln sollen. Bei
Bordruck erhalten
r dagegen steuer-
nicht dadurch von
en, er muß über-
Empfang neh-
in ein Zuschlag
verdem kann er
können, zur Ab-
S.

Zur Bezirksratswahl.

Man schreibt uns: Am nächsten Donnerstag finden im ganzen Bezirk die Wahlen zum Bezirksrat statt. Früher bestand der Bezirksrat aus 6 Mitgliedern, die von der Amtsversammlung gewählt wurden. Nach dem neuen Gesetz ist die Zahl der Mitglieder auf 8 erhöht worden. Hier von werden 3 von der Amtsversammlung, die übrigen 5 nebst 3 Stellvertretern von den Gemeinderäten des Bezirks gewählt. In der letzten Amtsversammlung wurde die Wahl von 3 Mitgliedern bereits vorgenommen. Gewählt wurden 3 Ortsvorsteher. Es sind also von den Gemeinderäten am Donnerstag noch 5 Mitglieder und 3 Stellvertreter zu wählen. Die Wahl findet nach dem Proporz statt. Die ländlichen Gemeinden haben durch ihre Zahl das Übergewicht. Sie werden deshalb auch den Ausschlag geben. Die kleinsten Gemeinden des Bezirks mit nur einigen hundert Einwohnern haben gewöhnlich 9—10 Stimmen, während die Stadtgemeinde Calw mit 5 1/2 Tausend Einwohnern nur 21 Stimmen abgeben darf. Das Gesetz enthält also eine direkte Ungeuerlichkeit, da auf die Größe der Gemeinde und auf die Umlage zum Amtsschatzen keine Rücksicht genommen ist. Es sind 3 Wahlvorschläge eingereicht worden und zwar von den Vereinigten Berufsständen, vom Landwirtschaftlichen Verein und von der Sozialdemokratie. Ein gemeinsamer Wahlvorschlag ist in unserem Bezirk leider nicht zustande gekommen, auch hat eine Listenverbindung von 2 Wahlvorschlägen nicht stattgefunden. Jeder Wahlvorschlag enthält 8 Namen. In ganzen haben sich also 24 Männer zur Verfügung gestellt. Unter den Kandidaten finden sich im ganzen Bezirk bekannte und angesehene Männer, die schon lange in öffentlichen Leben stehen und zum Teil in wirtschaftlichen und gewerblichen Vereinen hervorragend tätig sind. Auch unser Landtagsabgeordneter Staudenmeyer, der schon außerordentlich viel für den ganzen Bezirk geleistet hat und sowohl den Gemeinden wie den einzelnen Bezirksangehörigen in selbstloser Weise mit Rat und Tat zur Seite steht, ist als Kandidat aufgestellt. Die Wahlvorschläge haben im allgemeinen die 3 Teile des Bezirks, die Gäu- und Waldseite und ebenso das Tal gleichermaßen berücksichtigen. Es ist anzunehmen, daß die Wahl wahrscheinlich teilweise unter diesen Gesichtspunkten verläuft, da jeder Kandidat in seiner Gemeinde und den Nachbarorten wohl am meisten Stimmen auf sich vereinigen wird. Zu wünschen ist, daß die Wahlen nicht einen Gegensatz zwischen Stadt und Land schaffen, sondern zur Einigung und zur gegenseitigen Mitarbeit in unserer furchtbaren ersten Zeit beitragen.

Mitgliederversammlung des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins Calw.

Die auf letzten Samstag einberufene Mitgliederversammlung hatte gegen 250 Mitglieder angelockt. Eine so stattliche Versammlung hat der landwirtschaftliche Verein seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen. Vereinsvorsitzender Döngler begrüßte die Ertrienenen, der zahlreiche Besuch beweise, daß die Landwirte gewillt seien, die Leitung ihrer Geschäfte selbst in die Hand zu nehmen. Es muß aber noch besser kommen, keine Versammlungen imponieren der Regierung nicht, nur die Masse macht Eindruck auf sie. Herr Döngler ging sodann auf den 1. Punkt der Tagesordnung über, „Bericht über die Tätigkeit des landw. Hauptverbandes“. Der im Frühjahr 1919 gegründete landw. Hauptverband umfaßt jetzt 61 Bezirksvereine mit rund 130 000 Mitgliedern. Wenn von den 197 000 selbständigen Landwirten, die Württemberg hat, 130 000 in dem landw. Hauptverband vereinigt sind, so kann mit Recht gesagt werden, daß dieser Verband die Vertretung der württembergischen Landwirte ist und die Regierung hat dies auch anerkannt. Der Verband hat in Stuttgart seine Geschäftsstelle und seine Vertreter werden als Beiräte in das Ernährungsministerium, die Landesgetreibe- und Landesbrennstoffstellen usw. berufen. Daß Preisfestsetzungen nicht mehr einseitig erfolgen können, das beweisen die Vorgänge der letzten Wochen. In kurzen Zügen schildert dann der Vorsitzende die Tätigkeit des Hauptverbandes im Einzelnen und teilt mit, daß das bis jetzt von der Zentralfstelle für die Landwirtschaft herausgegebene Landw. Wochenblatt an den Hauptverband

übergehe, so daß dieser künftig ein eigenes Organ habe. Redner streift dann kurz die bevorstehenden Bezirksrats- und Landwirtschaftskammerwahlen und fordert die Anwesenden zum Zusammenhalten auf. Dem hierauf folgenden Kassen- und Rechnungsbereich vom 1. April 1918—19 ist zu entnehmen, daß der Mitgliederstand seit 1. Januar 1919 von 1283 auf 2008 gestiegen ist und somit um 745 zugenommen hat. Das Vereinsvermögen hat am 1. April 1919 28 021 Mark betragen. Ueber die Schlachtviehaufbringung, die dem Verein als Oberkäufer übertragen ist, berichtet Geschäftsführer Wiest. Die Ablieferung ist im allgemeinen gut verlaufen und hat der Vereinskasse einen Gewinn von 9 777 Mark eingebracht. Nachdem dem Vereinskassier Entlastung erteilt war, gab der Vorsitzende bekannt, daß eigentlich für die heutige Versammlung die Gründung einer Viehzuchtgenossenschaft geplant gewesen sei. Es sei aber von der Zentralfstelle für die Landwirtschaft mitgeteilt worden, daß die Grundsätze für die Viehzuchtgenossenschaften neu geregelt würden, es müsse daher dies abgewartet werden. Weiter teilte er mit, daß der landwirtschaftliche Bezirksverein Nagold die Jungviehweide in Unterschwandorf wieder gepachtet und unseren Verein zur Beteiligung daran eingeladen habe. Da vorläufig keine Aussicht bestehe, im eigenen Bezirk eine Jungviehweide pachten zu können, werden wir wohl auf den Vorschlag von Nagold eingehen. Infolge der Erhöhung der Postgebühren, der Preise für Papier usw. ist das Bezugsgehalt für das Landw. Wochenblatt auf 3.50 Mark erhöht und eine entsprechende Erhöhung des Mitgliedsbeitrags nötig geworden. Vom Ausschuß wird eine Erhöhung auf 5 Mark und die Erhebung eines Zuschlags von 20 Mark für die Ortsvereine beantragt, womit die Versammlung einverstanden ist. Aus der Mitte der Versammlung wird eine Erhöhung der Eierpreise gefordert. Der Vorsitzende teilt mit, daß bereits von den Geflügelzuchtvereinen diesbezügliche Eingaben gemacht worden seien und zweifellos eine Erhöhung der Eierpreise kommen werde, am besten wäre aber die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Eier. Ferner wird verlangt, daß für die Säute des an die Fleischversorgung abgelieferten Schlachtwiehs nicht nur 6 Zehntel, sondern der ganze Preis dem Landwirt vergütet werde und wird der Vorstand beauftragt, die erforderlichen Schritte zu tun. Hierauf folgte der Vortrag des Herrn Landtagsabgeordneten Stroebel über „die Zukunft unserer Landwirtschaft“. Seine tiefgründigen, klaren und überzeugenden Ausführungen machten großen Eindruck auf die Versammlung und der Dank des Vorsitzenden an den Redner fand freundliche Zustimmung. Es ist an dieser Stelle nicht möglich, auch nur auszugsweise wiederzugeben, wir behalten uns vor, später ausführlich darüber zu berichten. Die auf Abbau der Zwangswirtschaft zielenden Ausführungen des Herrn Landtagsabgeordneten Stroebel fanden in einer einstimmig angenommenen Resolution ihren Ausdruck. Sie lautet: „Die Landwirte des Oberamtsbezirks Calw sind sich vollständig bewusst, daß die Ernährung des deutschen Volkes in der heutigen Zeit beinahe ausschließlich von der deutschen Landwirtschaft gewährleistet werden muß. Dieser Pflicht müssen sich die Landwirte des Bezirks Calw, soweit es ihnen möglich ist, nicht entziehen. Sie empfinden es aber als eine schreiende Ungerechtigkeit, wenn die Preise der von ihnen erzeugten Produkte durch Zwangsbewirtschaftung und Höchstpreise künstlich heruntergedrückt werden, während die Preise derjenigen Artikel, die der Landwirt benötigt, ins Uferlose steigen. Sie verlangen deshalb den sofortigen Abbau der Zwangswirtschaft. Sollte bei Schlachtwieh, Brotgetreide, Milch und Butter die Aufhebung in diesem Jahr wieder erwarten nicht möglich sein, so sind die Preise so festzusetzen, daß sie im Einklang stehen mit den Preisen der Bedarfsgüter, die der Landwirt für seinen Betrieb unbedingt nötig hat. Werden Pflichterfüllungen ungelöst, so sind dieselben von örtlichen bzw. Bezirkskommissionen zu bestimmen, die mindestens zu zwei Dritteln aus sachverständigen Landwirten bestehen. Ist die Pflichterfüllung erfüllt, so ist der verbleibende Rest zur freien Verfügung des Erzeugers zu belassen. Schieber, die Lebensmittel und andere unerlaubte Ware ins Ausland senden, sind mit Zuchthaus zu bestrafen.

Wenn Landwirte wegen unerlaubten Hausgeschlachten mit Gefängnis bestraft werden sollen, so sind diejenigen, die unberechtigt die Arbeit einstellen und hierdurch Tausende Jentner von Lebensmitteln dem Verderben aussetzen und die Kohlenlieferung gefährden, ebenfalls mit Gefängnis zu bestrafen. Den Landwirten sind nach vorhandener Erntefläche entsprechende Quantitäten Kunstdünger, sowie in der Saat- und Erntezzeit durch teilweise Aufhebung der Erwerbslosenunterstützung und durch Einschränkung der Postarbeitsarbeiten Arbeiter zur Verfügung zu stellen, denn durch intensive, freie Bewirtschaftung des Grund und Bodens wird das deutsche Volk gesunden und vor ruffischen, österreichischen und ungarischen Zuständen bewahrt bleiben.“ Der Vorsitzende schloß die eindrucksvolle Versammlung mit Worten des Dankes und der Aufforderung zum Zusammenhalten und zur Einigkeit, dann werde bald erreicht werden, daß wieder der freie Bauer auf seinem Hof stehe. —

Gemeindeverband Elektrizitätswerk Seimach-Station (G. E. L.)
Sitzung des Verwaltungsrats am 15. Januar 1920 in Pforzheim.

Vor Eintritt in die Tagesordnung legt Direktor Denzinger dar, daß die Kostenverforgung des Verbands eine ganz ungenügende und deshalb mit einer starken Rationierung zu rechnen sei. Vor allem müsse der Lichtverbrauch auf ein Mindestmaß beschränkt werden, da sonst die Notwendigkeit eintreten könne, abwechselungsweise ganze Leitungstrecken auch während der Dämmerung abzuschalten. Der Verwaltungsrat nimmt hievon Kenntnis und ermächtigt die Betriebsleitung, die ihr notwendig erscheinenden Maßnahmen zu treffen. Entsprechende öffentliche Bekanntmachungen werden erfolgen, die Abnehmer werden aber auch an dieser Stelle dringend und zwar in ihrem eigenen Interesse gebeten, mit dem Licht- und Kraftverbrauch äußerst sparsam umzugehen, namentlich sollten die Landwirte vor Eintritt der Dunkelheit ihre Geschäfte in Stall und Scheuer erlebigen. — Hierauf wurden die Protokolle von der Verwaltungsratsitzung vom 3. Dezember und der Verbandssammlung vom 4. Dezember 1919 verlesen. Anschließend hieran ergibt sich eine längere Debatte über die Installationspreise, wobei festgestellt wird, daß der Tarif mit den sich immer mehr steigenden Materialpreisen, Löhnen, Gehältern und sonstigen Unkosten schon längst nicht mehr im Einklang steht. Mit Rücksicht auf die vielen alten Anmeldungen ist mit der Tarifierhöhung längere Zeit zugewartet worden, die angeforderten Kalkulationen haben jedoch die Verwaltung veranlaßt, ab 1. September 1919 eine Erhöhung von 50 Proz. und ab 1. Januar 1920 eine solche von 100 Proz. durchzuführen. Durch günstige Wareneinkäufe ist der Verband in der Lage, etwaige teilerhliche Verluste auszugleichen. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Installationspreise jeweils den tatsächlichen Verhältnissen anzupassen. — Im Verfolg des Beschlusses der Verbandssammlung nimmt Direktor Denzinger heute seine Kündigung zurück. Auf seinen Wunsch beschließt der Verwaltungsrat, zwecks Prüfung der Frage einer Neuorganisation der gesamten Verwaltung eine Kommission zu bestellen, welcher angehören die Herren Schultheiß Braun in Altschlegel, Schultheiß Ripp in Höfingen und Schultheiß Seuffer in Schwann. Beschlossen wurde der Beitritt zum Interessentenverband Württ. Elektrizitätswerke in der Voraussetzung, daß die Zulassung zur Landes-Elektrizitäts-Gesellschaft unmöglich gemacht werden sollte. — Abgelehnt wird ein Gesuch des Installateurs Braun in Calw um nachträgliche Ermäßigung des Rabattfaches für auf Rechnung des Verbandes ausgeführte Hausinstallationen. — Genehmigt wird ein Gesuch des Mühlenbesizers Wilhelm Decker in Liebenzell um Erhöhung seiner Belohnung für Bedienung des Elektrizitätswerks Liebenzell um monatlich 50 Mark. Diese Belohnung beträgt nun monatlich 350 Mark ab 1. Januar 1920. — Die Frage der Erhöhung der Feuerzuzulagen an die Beamten wird zurückgestellt, bis die vom Staat und Reich festgelegten Sätze bekannt sind; die Kasse wird jedoch ermächtigt, bis dahin Vorschüsse an die Beamten auf Abrechnung auszubehalten.

Druck und Verlag der A. Böschlagerschen Buchdruckerei, Calw.
Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Seimann, Calw.

Die Bedeutung der Landwirtschaft im neuen Deutschland.

Von Aloys Müller (Alte Handelsschule).

Während noch vor 50 Jahren Deutschland ein überwiegend agrarischer Staat war und das Wohl des Volkes allein vom Wohl des Bauernstandes abhing, hat die dann folgende gewaltige Entwicklung der Industrie und des Welthandels das Interesse des deutschen Volkes in einem innerlich nicht berechtigten Maße von der Landwirtschaft abgelenkt. Erst der Weltkrieg und sein Ausgang haben uns wieder zum vollen Bewußtsein gebracht, wie sehr die Sicherheit und Selbständigkeit unseres wirtschaftlichen Lebens auf der Landwirtschaft beruhen. Der schnell wachsende Außenhandel, in dem die Machtstellung des deutschen Reiches offensichtlich zum Ausdruck kam, hatte im deutschen Volke die Ueberzeugung verbreitet, daß seine Zukunft vor allem in der Förderung von Industrie und Handel beruhe. Nicht nur der ganze natürliche Zuwachs der deutschen Bevölkerung wurde von den mit erlaunlicher Schnelligkeit wachsenden Städten der Industriegebiete aufgenommen, sondern außerdem verlor die Landwirtschaft, die zwar in ihren Leistungen ebenfalls hervorragende Fortschritte aufzuweisen hatte, indem sie ihre Erzeugnisse schneller zu steigern verstand, als die Bevölkerung zunahm, zwischen den Berufszählungen von 1882 und 1900 nahezu ein Zehntel ihres Bestandes. Soweit eine Beurteilung der künftigen Entwicklung überhaupt möglich ist, wird dagegen in Zukunft für lange Zeit die Landwirtschaft wieder der wichtigste Wirtschaftszweig sein. Gewiß ist zu wünschen, daß der deutsche Handel und die deutsche Industrie ihre frühere Stellung in der Welt wieder erlangen, bei nächster Betrachtung der tatsächlichen Verhältnisse muß man sich jedoch geteilen, daß hierfür in absehbarer Zeit nur geringe Aussicht vorhanden ist. Die Abtrennung wichtiger Rohstoffgebiete, die Verpflichtung zur Ablieferung eines bedeutenden Teiles der noch ver-

bleibenden Kohlenenergie, die ungeheuren Tribute, die Fortnahme der deutschen Handelsflotte und Werften, die Schwierigkeiten der Rohstoffzufuhr, die Maßregeln des Auslandes zur Fernhaltung der deutschen Industrieerzeugnisse, die Abneigung und Feindseligkeit gegen das Deutschland im größten Teile der Welt werden unseren industriellen Ablauf so in den Schatten stellen, daß an eine Wiederkehr der früheren Blüte unseres Außenhandels vorerst nicht gedacht werden kann. Die Wiedergesundung unserer Volkswirtschaft, die Redung unserer Kriegsschulden und die Besserung unserer Valuta wird vorwiegend von einer möglichst vollkommenen Ausnutzung unserer inneren Hilfsquellen abhängen. Auch die Industrie wird viel mehr als vor dem Kriege auf den inneren Markt angewiesen sein. Die Landwirtschaft wird daher in viel stärkerem Maße als früher die Grundlage unserer Wirtschaftslebens sein, und es muß alles daran gesetzt werden, daß in Zukunft nicht nur das deutsche Volk sich möglichst aus dem Ertrage seines eigenen Bodens ernähren, sondern auch ein größerer Teil der deutschen Bevölkerung auf dem Lande Unterkunft und Erwerb finden kann. Mit Nachdruck muß in diesem Zusammenhange immer wieder betont werden, daß die gesamte Bevölkerung des platten Landes als eine Einheit zu betrachten ist. Es ist das Landvolk. Während die städtischen Verbraucher die Bedeutung der Landwirtschaft für den Absatz der Erzeugnisse der Industrie und des städtischen Gewerbestandes übersehen und sich zur Landbevölkerung zum Teil in Gegensatz stellen, herrscht auf dem Lande ein bewußtes Zusammengehörigkeitsgefühl und eine solche Uebereinstimmung der Interessen, daß eine Trennung der Landbevölkerung in verschiedene Gruppen den natürlichen Verhältnissen widersprechen würde. Der ländliche Beamte, Geistliche, Lehrer, Krämer, Handwerker und Gastwirt kann auch aus dem Grunde nicht den betreffenden Berufen in den Städten zugezählt werden, weil er gewöhnlich einen kleineren oder größeren landwirtschaftlichen Betrieb besitzt, sodaß bei manchem

von ihnen zweifelhaft ist, welches der Haupt- und welches der Nebenberuf ist. Auch ein Teil der rein gewerblichen und städtischen Bevölkerung hängt mit ihrer Erwerbsquelle unmittelbar von der Landwirtschaft ab. Es sei vor allem auf die landwirtschaftliche Maschinenindustrie hingewiesen, die zusammen mit den für sie arbeitenden Handwerkern leibiglich der Landwirtschaft dient. Mittelbar ist ein noch viel größerer Kreis von Personen für die Landwirtschaft tätig, weil die Erzeugnisse ihrer Arbeit letzten Endes für die Bedürfnisse der Landwirtschaft bestimmt sind. So ist es nicht übertrieben, zu sagen, daß bereits heute der weitaus größte Teil der Bevölkerung direkt oder indirekt vom Gedeihen der Landwirtschaft abhängt. Je schneller sich diese Erkenntnisse in allen Teilen des deutschen Volkes insbesondere auch bei der städtischen Bevölkerung durchsetzen, um so eher werden alle Volksteile, die am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitwirken wollen, sich persönlich mitverantwortlich fühlen, daß alle Maßnahmen getroffen werden, die der landwirtschaftlichen Produktion förderlich sind. Die größtmögliche Steigerung des deutschen Ackerertrages ist der kürzeste und sicherste Weg zur Wiedergewinnung unserer wirtschaftlichen und nationalen Freiheit. Es ist nicht zu befürchten, sich parteipolitischer Beeinflussung verdächtig zu machen, wenn zum Schluß darauf hingewiesen wird, daß Friedrich Der Große nach dem das Land in einen tiefen wirtschaftlichen Erschöpfungszustand verlassenden 7-jährigen Kriege in erster Linie darauf gehalten hat, die landwirtschaftliche Produktion nach jeder Hinsicht zu fördern, wodurch er sehr schnell Wohlstand des ganzen Volkes und wirtschaftliche Gesundung des Staatswesens erreichte. Auch heute noch gilt das Wort des großen Volkswirtes und ersten Dieners seines Staates: „Der Ackerbau ist die erste aller Künste, ohne ihn gäbe es keine Kaufleute, Könige, Dichter und Philosophen. Nur das ist wahrer Reichthum, was die Erde hervorbringt. Wer die Erträge seines Bodens steigert, macht Eroberungen von der Barbarei.“

Bad Liebenzell, den 19. Januar 1920.

Todes-Anzeige.



Nach Gottes unerforschlichem Ratsschluss verschied heute früh 9 Uhr nach schwerer Krankheit mein innigstgeliebter Mann, der treuefornte Vater meiner Kinder, unser lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel

Eugen Kolb,

Ingenieur.

Die tiefgebeugte Gattin:
Berta Kolb, geb. Weik,
die Kinder: **Ugel und Erika**,
die Eltern: **Frau Karoline Kolb, Bwe., Antershausen**,
Adolf Weik und Frau,
Spinnerelbes., **Liebenzell**.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 21. Januar nachmittags 4 Uhr statt.

Calw, den 18. Januar 1920.

Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unsrer lieben Mutter

Marie Köb Witwe,

für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrer Schmid und die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte sagen innigen Dank
die trauernden Hinterbliebenen.

Branntwein.

Wir kaufen
alle Sorten Branntwein,

die nach § 4 des Branntweinmonopol-Gesetzes nicht abgeliefert zu werden brauchen und bitten die Herren Brenner, uns prompt Angebot des abzugebenden Quantum und der Preise. Füllfässer können gestellt werden.
Angebote ohne Preisforderung haben kein Interesse.

Jacob Schwerfenz Erben,
Berlin-Wilmersdorf, Pfalzburgerstr. 50.

Fahrrisversteigerung.

Wegen Bachtaufgabe versteigere ich auf Hof Haselstall je von 10 Uhr vormittags ab am Donnerstag, 22. Januar:

2 erstklass. trächt. Zuchtstuten,
6- und 7jährig, Rappe und Schwarzbraun, (letztere nur an Zuchvereinsmitglieder).

2 erstkl. Fuchsstuten
je dreijährig und 1 zweijähriges
Hengstjohlen (Rappe),
am Freitag, 23. Januar:

1 fahrbare Dreschmaschine
mit Elevator, Seitenpugerei und doppeltem Wind, Sämaschine, Heuwendler, Pferderechen, fast neue dreiteilige Ringelwalze, einige Leiterwagen, verschiedene Eggen und Pflüge, Kreisfäße, noch neue Holdersche Baumspritze aus Kupfer mit 5 Mtr. langem Bambusrohr, Pflerdegeschirre, sowie allgemeine Baumansfahrnis,
wozu Kaufliebhaber eingeladen sind.

Joh. Wöhner, Hof Haselstall, Hoff
Deckenpfronn.

Calw, 19. Jan. 1920.

Todes-Anzeige.

Verwandten und Bekannten gebe ich die traurige Nachricht, daß meine lb. Mutter

Louise Rohler,

geb. Vog,

am Sonntag rasch verschieden ist.

Die trauernde Tochter

Sophie Klumpp, geb.
Kohler, mit **Gallen**,
Straßburg.

Beerdigung am Mittwoch
Nachmittag 4 Uhr.

Am 12. Januar 1920 wurde zwischen Ostelsheim und Althengstett ein grüner

Blüschhut gefunden.

Der Eigentümer kann ihn gegen Einrückungsgebühr bei Paul Brelling, Althengstett, abholen.

Chelente

und solche, die es werden wollen ersparen sich viel Sorgen und Herzleid, wenn sie sich kostenlos, meine Broschüre kommen lassen.

E. Herter, Pforzheim,
Sallerstr. 36.

Zarte, Hände

weiße
erzeugt d. herrlich duftende „Samelin“. Bei aufgeregter, roter, rissiger Haut und bei Frostbeulen dürfte es nie fehlen. Zu haben in der Ritter-Drogerie.

Für 14 Monate alten,
gefunden

Knaben

wird Pflege in geordneten Verhältnissen gesucht. Angeb. mit Preisangabe und Mitteilungen der näheren Verhältnisse befördert unter Ziffer E. 11 die Geschäftsstelle des Bl.

Unterreichenbach,
Verkaufe Umstände halber meine ganze

Schuhmacher-Einrichtung.

Johann Rezer,
Schuhmachermeister.

Ein größeres oder 2 kleinere

Zimmer

für alleinlebenden Herrn für sofort oder später zu mieten gesucht.

Angebote unter E. 12 an die Geschäftsstelle des Bl.

Kurzgefugtes, trockenes

Brennholz

kann sofort geliefert werden
L. Kärcher, Sägewerk,
Hirsau.

Althengstett.

Untergezeichnet verkauft eine schwere

Schaff-Kuh.

Frau Karl Söll Wwe.
Weg. Entbehrlichk. hat einen Zipanmig gut eingefahrenen

Schimmel-

Wallach

unter jeder Garantie zu verkaufen.

Joh. Kühle jr.
Simmohheim.

Illg. deutsch. Gewerkschaftsbund Deutscher Ausschuss Calw.

Mittwoch, den 21. ds. Mts., abends 5 1/2 Uhr, findet im „Böhmischen Hof“ (kleiner Saal) ein Vortrag über

Die Familienhilfe

statt. Referent: Herr Karl Proß,
Verwalter der allgemeinen Ortskrankenkasse hier.
Zu diesem äußerst wichtigen und lehrreichen Vortrag werden sämtliche Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse, sowie der verschiedenen Betriebskassen, ganz besonders aber die Vorstands- und Ausschussmitglieder der vorgenannten Kassen freundlichst eingeladen.
Anschließend hieran allgemeine Aussprache über obiges Thema.
Der Ausschuss: **A. A. Fritz Bischoff.**

Landw. Consumverein Calw (e. G. m. u. H.)

Die Generalversammlung

des Vereins findet Samstag, den 31. Januar, nachmittags 1 Uhr im „Schwanen“ in Calw statt

Tagessordnung:

1. Rechenschaftsbericht.
 2. Kassen- und Revisionsbericht.
 3. Beschlußfassung über Verwendung des Gewinns.
 4. Wahl des Ausschusses.
 5. Ergänzungswahl des Vorstandes.
 6. Wahl eines neuen Lagerhalters.
- Rechnungen pro 1919 wollen von den Rechnern mitgebracht werden.
Die Vereinsmitglieder werden zu zahlreicher Beteiligung aufgefordert.

Die Jahresrechnung pro 1919

liegt zur Einsicht der Genossen im Geschäftszimmer auf.
Der Vorstand.

Eugen Wilbbrett, Homöopath und
Naturheilpraktiker
hält Montag bis Freitag Mittag 1-4 Uhr
Sprechstunde bei Frau Wehger (früher Nest.
Haidt), Eingangseite: Nebenzimmer
Behandlung sämtl. Krankheiten mit bestem Erfolg.
Augendiagnose. Morgenurien ist mitzubringen.

Achtung!

Wichtig für Landwirte und Geflügelzüchter.

Geschlechtsanzeiger und Eierprüfer „Kikiki“

Jedes Ei kann vor der Brut geprüft werden, ob solches männlich, weiblich oder unbefruchtet ist.
Wenn Apparat unwahres anzeigt, nehme zurück.
Prospekte liegen bei mir auf.
Preis für einen Apparat Mk. 2.—
Allein-Vertretung:

R. Dtt, Salzgasse.

Ein Mädchen,

nicht unter 18 Jahren, das allen landw. Arbeiten vorzuziehen kann, für sofort gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Ordentlicher Junge, welcher Lust hat die Gärtnerlei gründlich zu erlernen, findet jetzt oder aufs Frühjahr gute

Lehrstelle

bei **Ehr. Hägele,**
Kunst- u. Handelsgärtnerlei.
Kräftiger, junger Mann als

Hausbursche

somit gesucht.
Alte Apotheke.

Bereits neuen Pelz-

Mantel

preiswert zu verkaufen.
Angeb. unter N. W. 100 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Schönen, guterhaltenen Konfirmanten-

Anzug hat zu verkaufen
Schneidermeister Hans
Söbwein, Bischoffstr. 493.

Braves, fleißiges

Mädchen

auf 1. oder 15. Februar gesucht.
Frau Fabrikant Eugen
Rag, Pforzheim,
Terrennerstraße 46.

Mädchen,

das schon gebient hat, wird gesucht.
Kaffee Wurster, Calw.

Schöne

Halskette

verkauft billig. Wer, sagt die Geschäftsstelle des Bl.

Ein Paar lange

Gummi-

wasserstiefel

zu verkaufen
Zwinger 294.

Einen schwarzen

Rock und

Hose,

bereits neu, verkauft
Aug. Reutter, Schneider-
meister, Stammheim.

„Nissin“

gegen
Kopfläuse
Nichts anderes nehmen! zu haben in der Neuen Apotheke

Nothelfen-Schönbronn. Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns hiermit, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, den 22. Januar 1920 im Gasthaus zum „Waldhorn“ in Nothelfen (N. Nagold) stattfindenden

Hochzeits-Feier

freundlichst einzuladen.

Karl Walz, Zimmermann,
Sohn des Karl Walz in Nothelfen.

Katharine Schauble,
Tochter des Friedrich Schauble, Zimmermeister
in Schönbronn.
Kirchgang um 12 Uhr.
Wir bitten dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen.

Empfehle mich

im Anfertigen von Polstermöbeln jed. Art
sowie auch im Umarbeiten gebrauchter

in und außer im Tapezieren sowie sonstigen in mein Fach einschlagenden Arbeiten.

Achtungsvoll **Fritz Hennesarth, Tapezier**
und Polsterer, Schulgasse 5.

Hemdflanellen, Blumenflanellen,

Hemdentuch, verschied. Blusen-

Schürzen- und Kleider-Stoffe,

Dirndl-Stoffe, Haipfelfstoffe, Lein-

Tücher, Voil, fertige Schürzen,

Blusen geflickt und in u. [w. u. [w. Kurbelarbeit,

alles belle preisswerte Ware, empfiehlt

G. Wohlgenuth, Gemischtwaren-

Geschäft, -- Bad Liebenzell.

Lagerbelust sicher lohnend.

Alfred Pfeiffer, Baumaterialien-

Handlung.

Bestellungen auf

Ziegelwaren, Zement, Kalk

und Gips nehme ich entgegen.

Damit eine rechtzeitige Belieferung der bewirtschafteten Baumaterialien stattfinden kann, ist es dringend notwendig, das benötigte Material frühzeitig anzufordern.

Garantiert reiner Ueberseetabak ist eingetroffen.

Ferner empfehle ich **Zigarren, Zigarillos,**

deutsche und ausländische **Zigaretten.** Zigarren von 50 Pfg. bis 1.30 Mk. Zigaretten von 20-50 Pfg., sowie **Kautabak** und echter echter Nordhäuser **Schmalzler.** **R. Dtt, Salzgasse.**

Kaufe alte Gebisse

und zahle bis 80 Mark,
pro Zahn nicht unter 8 Mark. Ferner

kaufe Silbergeld

und zahle für 1 Mark 6 Mark,
für 2 Mark 12 Mark,
für 3 Mark 18 Mark,
für 5 Mark 30 Mark.

Für 10- und 20-Mark-Stücke
allerhöchste Preise.
Bin Donnerstag, 22. Januar, v. 1/2 8-5
Uhr abends im Hotel „Adler“, Zimmer 3.